

Marie-Jo Zimmermann: „Ohne die Quote geht es nicht“¹

Sylvia Cleff Le Divellec, LL.M (Paris 2/Panthéon-Assas)

Vorsitzende der djB-Regionalgruppe Paris sowie Nationale Koordinatorin EWSDGE Frankreich, Paris

Mit einer packenden und hoch spannenden Rede erklärte uns die französische Abgeordnete der bürgerlich konservativen Partei Les Republicains Marie-Jo Zimmermann, wie Frankreich auf ihre Initiative hin vor genau fünf Jahren die Quote in den Aufsichtsräten der größten Unternehmen einführt². Nicht ohne Grund ist sie stolz auf dieses Lebenswerk; das Gesetz trägt wie üblich in Frankreich ihren Namen (*loi Copé Zimmermann*) und wird in der Europäischen Union (EU) von Vertreter_innen des Quotenansatzes als vorbildlich angesehen. Sie kann sich auf eine ermutigende Bilanz stützen: genau fünf Jahre nach Inkrafttreten ist Frankreich mit 34 Prozent Frauen in den Aufsichtsräten der 100 größten börsennotierten Unternehmen an der Spitze Europas positioniert; die Erfolgsstory der Erhöhung des Frauenanteils von knapp 12 auf 34 Prozent innerhalb von fünf Jahren (und voraussichtlich 40 Prozent nach den anstehenden Ernennungen im Sommer 2016) hat klar bewiesen, dass die Quote einen schnellen und sichtbaren, messbaren Erfolg und potentiell einen Unternehmenswandel mit sich bringt.

Ganz leicht war der Weg zum Quotengesetz auch in Frankreich nicht, denn schon 2006 war Marie-Jo Zimmermann vor dem Verfassungsgericht Frankreichs mit einem ähnlichen, wenn auch bescheideneren Gesetz (20 Prozent Frauenquote) zunächst gescheitert. Es fehlte damals nach Auffassung der französischen Verfassungsrichter noch die verfassungsrechtliche Grundlage für ein solches Gesetz. Frankreich hielt damals noch stark an einem formellen Gleichheitsverständnis von Frauen und Männern fest. Nach einem schnellen Lernprozess durch die Entscheidung wurde die Verfassung innerhalb kurzer Zeit verändert. Der Gesetzgeber erhielt damit die Möglichkeit, die nötigen Mittel zu ergreifen, um Frauen in allen wirtschaftlichen und sozialen Bereichen zu einer echten sozialen und wirtschaftlichen Teilhabe zu verhelfen.³

Gestützt hat Marie-Jo Zimmermann sich dabei auch auf das Paritätsgesetz aus dem Jahr 2000, das eine geschlechterparitätische Liste (bzw. eine grundsätzlich gleiche Zahl von Wahlkreiskandidaten) für die Parlamentswahlen vorschrieb und damit – wenn auch schleppend und aufgrund des Direktwahlsystems – zu einem höheren Frauenanteil (derzeit 27 Prozent Frauen in der Nationalversammlung und 25 Prozent im Senat) im bis dahin sehr männlich besetzten Parlament führte.

Marie-Jo Zimmermann berichtete, dass eine Parlamentarierreise nach Norwegen und zahlreiche Gespräche vor Ort mit Fachpolitiker_innen und Verbänden sie inspiriert hätten, und sie nach ihrer Rückkehr gewusst habe, „genau das brauchen wir auch und das machen wir“.

In Frankreich existieren nicht weniger als 12 Gesetze zur Gleichstellung von Frauen und Männern im Erwerbsleben. Schon

1972 sind diverse Verbote, Gebote und Pflichten für Unternehmen eingeführt worden. Hervorzuheben sei beispielsweise die jährliche Berichtspflicht der Unternehmensleitung, die (mehr) Transparenz zum Thema schaffen solle und ein unverzichtbares Verhandlungsinstrument für die Sozialpartner darstelle. Diese Berichtspflichten beziehen sich auf die Beteiligung der Frauen in allen entscheidenden Stadien wie der Einstellung, der Weiterbildung, der Beförderung und auch die Durchschnittgehälter von Frauen und Männern. Die Sozialpartner sind seit 1989 gehalten mit den Arbeitgebern jährlich über das Thema verhandeln und sind seit 2006 aufgefordert, Maßnahmen unter Strafauflage zu ergreifen, um vor allem dem resistenten Gender Pay Gap entgegenzutreten (ca. 19 Prozent).

Es mangelt also in Frankreich nicht an Gesetzen, aber es braucht eben „bestimmte, klare Gesetze mit Sanktionen und Kontrollen“. Die französische Quote, die ab 2017 dann mit ihren 40 Prozent „richtig“ zum Tragen kommen wird, sieht zwei Sanktionen vor: zum einen kann die Vergütung der Aufsichtsrät_innen zurückgehalten werden, solange die Quote nicht erfüllt ist; zum anderen sind die Entscheidungen des Aufsichtsrates so lange ungültig, wie die Quote nicht erfüllt wird. Nicht ohne Stolz zeigte uns Marie-Jo Zimmermann ebenfalls, dass Geschlechtergleichstellung in Frankreich keine Frage der politischen Lager ist. Sie selbst gehört der konservativen Partei an, hatte aber keine innerparteilichen Widerstände zu überwinden und fand mit Jean-François Copé, dem damaligen Vorsitzenden der regierenden UMP-Parlamentsfraktion einen prominenten Mitstreiter. Das Gesetz selbst fand breiten Zuspruch über alle politischen Lager hinweg. Für Frankreich war klar, dass das Land mit diesem kühnen Gesetz zum damaligen Zeitpunkt die Chance hatte, innerhalb der EU Geschichte zu schreiben, „mutig“ voranzugehen und Unternehmenskulturen europaweit zu verändern.

Besonders unterstrich Marie-Jo Zimmermann die wichtige Unterstützung, die die AFFJ („Association Française des Femmes Juristes“ www.affj.fr <<http://www.affj.fr>>) bei der Diskussion um die Notwendigkeit des Quotengesetz 2010 leistete; sie betonte die unverzichtbare Rolle seit je her, die die engagierten Juristinnen in Frankreich einnehmen und lud zur weiteren „Einmischung“ ein.

Marie-Jo Zimmermann erklärte ihren von manchen kritisierten Ansatz, sich mit ihrem Gesetz „nur“ auf die Aufsichtsräte zu konzentrieren und nicht auch die Vorstände und das

1 Zusammenfassung der Rede (Reply) von Marie-Jo Zimmermann, French Member of Parliament (Assemblée nationale).

2 <https://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT000000400185> <https://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do?cidTexte=JORFTEXT0000023487662&categorieLien=id>

3 <https://www.legifrance.gouv.fr/affichTexteArticle.do?idArticle=LEGIARTI000019240997&cidTexte=LEGITEXT000006071194>

